



Antrag

der Fraktion des SSW und der SPD

Stellungnahme des Landtages zur Dänemark-Strategie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt grundsätzlich die Ausarbeitung einer Dänemark-Strategie durch die Landesregierung, die die deutsch-dänische Zusammenarbeit weiter stärken und verbessern soll. Für den vorliegenden Entwurf einer Dänemark-Strategie gibt es allerdings Verbesserungsbedarf. Insbesondere soll die Landesregierung ihre ausgewählten Handlungsansätze um die folgenden Themen ergänzen:

1. Konkrete Zielsetzungen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Sønderjylland-Schleswig (Stichworte sind hier sechsstreifiger Ausbau der A7/E45, Ausbau der B5, Beseitigung des Nadelöhrs Eisenbahnbrücke Rendsburg, zweispurige Eisenbahnlinie auf der Jütland-Hamburg-Route usw.)
2. Ausbau der deutsch-dänischen Hochschulzusammenarbeit an den Standorten Flensburg und Sønderborg und Sicherstellung der deutsch-dänischen Studiengänge
3. Verstärkte Unterstützung der Arbeit des Regionkontors Sønderjylland-Schleswig zur Umsetzung des Beratungs- und Informationsbedarfes in der gesamten Grenzregion
4. Beobachterstatus der Landesregierung bei den Vorstandssitzungen der Region Sønderjylland-Schleswig
5. Konkrete Zielsetzungen zum Ausbau des Dänisch-Unterrichts an den öffentlichen Schulen und Berufsschulen in nördlichen Landesteil sowie Erhöhung der Referendariatsplätze für angehende Dänisch-Lehrkräfte

6. Verbindliche Ausbau der deutsch-dänischen Kulturzusammenarbeit (Stichworte sind das Projekt Kulturdialog sowie die Kandidatur Sønderborgs zur Kulturhauptstadt 2017)
7. Verbesserte Markenbildung der Region Sønderjylland-Schleswig
8. Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Umsetzung der Cluster-Strategie (Stichworte sind Erneuerbare Energien, Gesundheit, Tourismus, Ernährungswirtschaft usw.)
9. Optimale Nutzung der Kompetenzen der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze und Realisierung einer Minderheitenpolitik, die die kulturelle und finanzielle Gleichstellung sichert
10. Einrichtung einer permanenten Arbeitsmarkt-Kommission zum Abbau von rechtlichen Barrieren in der Sozial- und Steuergesetzgebung
11. Konkrete Maßnahmen zur Anerkennung von deutschen bzw. dänischen Berufsabschlüssen im jeweiligen Nachbarland
12. Unterstützung der vorhandenen Kooperation und weiterer Ausbau im sozialen Bereich, z.B. grenzübergreifende Gesundheitsversorgung, Gesundheitsprävention, Rettungseinsätze, Feuerwehreinsätze
13. Förderung des Jugendaustausches
14. Intensivierung der Debatte zum Tourismus mit dem Ziel, konkrete Vorschläge für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich zu erarbeiten
15. Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Polizei- und Zollbehörden und Abbau von bürokratischen Hürden

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Diskussion über die Reform der EU-Strukturfonds auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Interreg-A Fördergebiete „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ und „Fehmarnbelt-Region“ als eigenständige Gebiete mit eigenen Förderprogrammen erhalten bleiben, die Programme aber in Bezug auf die Auswahl an Projektpartnern flexibler als bisher gestaltet werden.

Begründung:

Die Landesregierung hat Kommunen, Kreise und weitere an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Beteiligte um eine Stellungnahme zu ihrer Dänemark-Strategie gebeten. Der Landtag sollte ebenfalls die Möglichkeit nutzen, frühzeitig auf die Dänemark-Strategie der Landesregierung einzuwirken und diese mitzugestalten.

Der Ausbau und die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark ist die entscheidende Perspektive für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze im nördlichen Landesteil. Diese Zusammenarbeit muss aktiv unterstützt und ausgebaut werden, darf sich aber nicht allein auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren, sondern muss auch die beidseitig vorhandenen sozialen Kompetenzen berücksichtigen.

Die Fehmarn-Belt-Querung wird erst in 10-15 Jahren ihre volle Wirkung entfalten, daher muss die bisherige sehr erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der deutsch-dänischen Landgrenze für die Landesregierung weiterhin Vorrang haben. Das Ambitionsniveau der bisherigen Zusammenarbeit muss erhöht und die Zusammenarbeit optimal wirtschaftlich und strukturell aufgestellt werden.

Anke Spoorendonk
und Fraktion

Birte Pauls
und Fraktion